

Unterrichtung
 durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Zusammenfassung	1	Jahres 2004 (November 2003 bis Oktober 2004) anbelangt, unberücksichtigt.
A. Wesentliche Ergebnisse	3	1. Die Bundesministerien und die sonstigen Bundesdienststellen jeweils mit ihren nachgeordneten Dienststellen beschäftigen im Berichtsjahr 2004 – zusammengefasst – einen Anteil schwerbehinderter Menschen von 7,1 Prozent. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres wieder erreicht. Die geforderte Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen von 5 bzw. 6 Prozent für den öffentlichen Dienst des Bundes ist damit erneut deutlich überschritten, und der öffentliche Dienst wird im Bereich des Bundes seiner Vorbildfunktion abermals gerecht.
1. Der Bund	3	Wie bereits im Vorjahr wird in Anbetracht des erreichten Gesamtergebnisses darauf verzichtet, zur Steigerung des Anteils beschäftigter schwerbehinderter Menschen, einen Maßnahmenkatalog der Ressorts über durchgeführte bzw. beabsichtigte zukünftige Maßnahmen in den Bericht aufzunehmen.
2. Die Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich	3	2. Die Zahl der schwerbehinderten Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes insgesamt ist im Berichtszeitraum um 283 von 7 400 auf 7 683 und damit um 3,8 Prozent gestiegen. Der schon immer hohe Frauenanteil an den beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den Bundesdienststellen einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche konnte damit nochmals leicht gesteigert werden (35,1 auf 35,3 Prozent). Frauen besetzen mehr als ein Drittel aller mit schwerbehinderten Menschen besetzten Pflichtarbeitsplätze. Auch bei den Neueinstellungen werden die Bemühungen zu einer Verbesserung der Situation schwerbehinderter Frauen deutlich. Der Anteil der Frauen an den Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen beträgt 43,4 Prozent. Damit erweist sich der öffentliche Dienst des Bundes als vorbildlich bei der gesetzlich vorgeschriebenen angemessenen Berücksichtigung schwerbehinderter Frauen.
3. Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich	3	
4. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	4	
5. Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen außerhalb des Bundes	4	
6. Ausgleichsabgabe des Bundes	4	
7. Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 2003 bis 31. Oktober 2004	5	
8. Schwerbehinderte Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes	6	
9. Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten	7	
B. Statistische Übersichten (Anlagen 1a bis 1h)	8	
Zusammenfassung		
Die aufgrund des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 22. November 2005 geänderten Ressortzuschnitte bleiben, was die Darstellung der Ergebnisse des		

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 24. März 2006 gemäß der Beschlüsse vom 8. April 1959 und 16. Oktober 1964 (Bundestagsdrucksachen III/674, III/886).

3. Bei der Darstellung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen außerhalb des Bundes ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse aus dem Anzeigeverfahren für das Kalenderjahr 2004 noch nicht vorliegen und deshalb auf die Angaben der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2003 zurückgegriffen werden muss. Die vergleichende Bezugnahme auf die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes ist daher nicht aussagekräftig.

Die Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den öffentlichen Arbeitgebern insgesamt (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung zusammengefasst) beträgt im Berichtsjahr 2003 5,4 Prozent und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte über dem Ergebnis des Jahres 2002. Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen hat damit die höchste Quote seit der deutschen Einheit erreicht. Dabei ist festzustellen, dass die Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst in den neuen Ländern seit 1994 fast stetig angestiegen ist (zuletzt von 4,9 auf 5,3 Prozent). In den alten Ländern hat sich die Beschäftigungsquote im abgelaufenen Berichtsjahr um 0,2 Prozentpunkte auf nunmehr 5,5 Prozent erhöht.

Bei den privaten Arbeitgebern stieg im Jahr 2003 die durchschnittliche Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im gesamten Bundesgebiet – seit 1995 erstmals wieder – auf 3,6 Prozent. In den alten Ländern stieg die Beschäftigungsquote ebenfalls auf 3,6 Prozent. In den neuen Ländern ist gleichermaßen eine Steigerung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen um 0,2 Prozentpunkte zu verzeichnen. Die Quote beträgt nun 3,3 Prozent.

4. Die gestiegenen Beschäftigungsquoten zeigen, dass sich die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen insgesamt verbessert hat. Das Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen vom 23. April 2004 setzt die Politik der Herstellung benachteiligungsfreier Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben fort.

Zur Unterstützung einer tatsächlichen Verbesserung der Situation behinderter und schwerbehinderter Menschen bei der Teilhabe am Arbeitsleben koordiniert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Initiative „job – Jobs ohne Barrieren“ – Initiative für Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen und betriebliche Prävention. Partner sind Arbeitgeber, Gewerkschaften, Behindertenverbände und -organisationen, die Bundesagentur für Arbeit, die Integrationsämter, Rehabilitationsträger sowie Rehabilitationsdienste und -einrichtungen, der Beirat für die Teilhabe behinderter Menschen und weitere Organisationen. Mit der Initiative „job“ soll – auch in wirtschaftlich und konjunkturell schwierigen Zeiten – erreicht werden, dass behinderte und schwerbehinderte Menschen

die Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben besser realisieren können.

Mit der Initiative werden folgende Ziele verfolgt:

- Stärkung der Ausbildungsbereitschaft der Arbeitgeber und Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten für behinderte und schwerbehinderte Jugendliche,
- Verbesserung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen, insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben und
- Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft in Unternehmen, Betrieben und Dienststellen mittels Förderung betrieblicher Prävention durch Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements.

Die Initiative baut noch bestehende Vorbehalte auf der Arbeitgeberseite gegenüber der Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen ab. Für die Verbesserung der Beschäftigungssituation ist ein tragfähiges Netzwerk mit anderen Akteuren in der Behindertenpolitik notwendig. Dafür wird sich die Bundesregierung weiterhin einsetzen und im Rahmen der Initiative „Job – Jobs ohne Barrieren“ Erfahrungen von Unternehmen und Projekten auf diesem Gebiet bekannt machen und für andere Unternehmen zur Nachahmung zur Verfügung stellen. Die Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 sieht konsequenter Weise auch die Fortführung der Initiative ausdrücklich vor.

Bisher beteiligen sich an der Initiative „job“ mehrere öffentliche Arbeitgeber des Bundes:

- die Bundesanstalt für Gewässerkunde in Kooperation mit mehreren Werkstätten für behinderte Menschen, die ein breites Ausbildungsspektrum anbieten und barrierefreien Zugang zu allen Bereichen zur Erweiterung der Möglichkeiten der Ausbildung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen schaffen,
- die Fleischerei-Berufsgenossenschaft in Kooperation mit der IKK Südwest-Direkt und der Fleischerinnung des Saarlandes, durch den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung für die Durchführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements mit dem Ziel, den Arbeitgebern von klein- und mittelständischen Unternehmen Hilfestellungen bei der Umsetzung des betrieblichen Eingliederungsmanagements anzubieten.

Die Ergebnisse dieser Aktivitäten sind derzeit noch nicht darstellbar. Die Bewertung wird jedoch in den Bericht nach § 160 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) an die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes einfließen, den die Bundesregierung bis zum 30. Juni 2007 zu erstatten hat.

A. Wesentliche Ergebnisse¹**1. Der Bund**

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen² beim Bund (§ 71 Abs. 3 Nr. 1 i. V. m. § 77 Abs. 8 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX) hat sich im Jahr 2004 weiter stabilisiert. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen erreicht wiederum das Ergebnis des Vorjahres und beträgt 7,1 Prozent. Der Bund erfüllt somit im Jahr 2004 die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen wie in den vergangenen Jahren vorbildlich.

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze ging gegenüber dem Vorjahr um 2 764 (– 0,93 Prozent) zurück und damit auch die Zahl der zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtarbeitsplätze) um 170 (– 1,02 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der besetzten Arbeitsplätze um 224 (– 1,06 Prozent) zurück. Dennoch sind 4 315 Arbeitsplätze mehr besetzt als gesetzlich vorgeschrieben.

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen
beim Bund 2003 und 2004**

	2003	2004
Zu zählende Arbeitsplätze*	298.115	295.351
Zahl der Pflichtarbeitsplätze**	16.725	16.555
Besetzte Arbeitsplätze	21.094	20.870
Beschäftigungsquote	7,1 %	7,1 %

* Darin sind die Einzeldaten für den Bundesnachrichtendienst (2 2) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (4 1.9), die wegen ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit nicht veröffentlicht werden, nicht enthalten.

** Abweichend von § 71 Abs. 1 SGB IX beträgt die Pflichtquote für die in § 71 Abs. 3 Nr. 1 und 4 SGB IX genannten öffentlichen Arbeitgeber des Bundes weiterhin 6 Prozent, wenn sie am 31. Oktober 1999 auf mindestens 6 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen beschäftigt hatten (§ 159 Abs. 1 SGB IX). In der Summe der Pflichtarbeitsplätze sind sowohl öffentliche Arbeitgeber mit einer Pflichtquote von 5 Prozent als auch mit 6 Prozent zusammengefasst.

Detaillierte Aufstellungen über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes sind als Anlagen 1a und 1b beigelegt.

¹ Die Angaben beruhen auf den Anzeigen der obersten Bundesbehörden und der sonstigen Bundesdienststellen i. S. des § 71 Abs. 3 Nr. 1 und 4 SGB IX. Sie sind nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit vom 4. November 2005 von den für das Anzeigeverfahren nach § 80 Abs. 2 SGB IX für die obersten Bundesbehörden und die sonstigen Bundesdienststellen zuständigen Agenturen für Arbeit in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht geprüft und, soweit notwendig, berichtigt worden.

² Einschließlich gleichgestellter behinderter Menschen und sonstiger anrechnungsfähiger Personen, im Folgenden nur schwerbehinderte Menschen genannt.

2. Die Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien (mit ihren nachgeordneten Dienststellen) einschließlich des Bundespräsidialamtes (i. S. von § 71 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX), aber ohne die Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, des Bundesverfassungsgerichts, der obersten Gerichtshöfe des Bundes einschließlich des Bundesgerichtshofs (zusammengefasst mit dem Generalbundesanwalt) sowie des Bundeseisenbahnvermögens ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen beträgt wiederum 7,1 Prozent.

Die Bundesministerien mit nachgeordnetem Bereich erfüllen im Jahr 2004 insgesamt die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen wie in den vergangenen Jahren vorbildlich. Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2 500 (– 0,87 Prozent). Damit ist auch die Zahl der zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtarbeitsplätze) um 170 (– 1,05 Prozent) zurückgegangen.

Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze um 264 (– 1,30 Prozent) zurück. Dennoch sind 4 082 Arbeitsplätze mehr besetzt als gesetzlich vorgeschrieben.

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei den
Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem
Bereich 2003 und 2004**

	2003	2004
Zu zählende Arbeitsplätze	287.338	284.838
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	16.159	15.989
Besetzte Arbeitsplätze	20.335	20.071
Beschäftigungsquote	7,1 %	7,1 %

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1c beigelegt.

3. Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien (ohne Berücksichtigung der nachgeordneten Dienststellen) einschließlich des Bundespräsidialamtes hat sich trotz eines leichten Rückgangs der Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze um 118 (– 0,9 Prozent) gegenüber dem Vorjahr verbessert. Die Zahl der besetzten Arbeitsplätze stieg gegenüber dem Vorjahr um 10 (+ 0,72 Prozent). Damit sind 310 Arbeitsplätze mehr besetzt als gesetzlich vorgeschrieben. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen

stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkt. Sie beträgt nunmehr 7,3 Prozent.

Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich erfüllen damit wie auch in den vergangenen Jahren im Jahr 2004 insgesamt die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen.

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien 2003 und 2004

	2003	2004
Zu zählende Arbeitsplätze	19.327	19.209
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	1.092	1.083
Besetzte Arbeitsplätze	1.383	1.393
Beschäftigungsquote	7,2 %	7,3 %

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1d beigelegt.

4. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht

Bei den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht im Sinne des § 71 Abs. 3 Nr. 4 SGB IX gingen die zu zählenden Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr um 2 217 (0,89 Prozent) zurück. Die Zahl der besetzten Pflichtarbeitsplätze stieg dagegen um 65 (0,37 Prozent). Die Beschäftigungsquote beträgt nunmehr 7,2 Prozent und liegt damit um 0,1 Prozentpunkt über dem Vorjahresergebnis.

Damit erfüllen insgesamt betrachtet auch die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen. Tatsächlich sind 4 119 Arbeitsplätze mehr besetzt als gesetzlich vorgeschrieben.

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht 2003 und 2004

	2003	2004
Zu zählende Arbeitsplätze	250.218	248.001
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	13.798	13.618
Besetzte Arbeitsplätze	17.672	17.737
Beschäftigungsquote	7,1 %	7,1 %

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1e beigelegt.

5. Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen außerhalb des Bundes

Die Quoten bei privaten Arbeitgebern und öffentlichen Arbeitgebern stellen sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahre 2003 (Stichmonat Oktober) wie folgt dar (die Zahlen für 2004 – Ergebnisse aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 80 Abs. 2 SGB IX – liegen noch nicht vor):

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in den Ländern 2003

Länder	Private Arbeitgeber	Öffentliche Arbeitgeber*
Baden-Württemberg	3,8 %	5,1 %
Bayern	3,1 %	5,1 %
Berlin	3,8 %	5,9 %
Brandenburg	3,2 %	4,8 %
Bremen	3,4 %	6,0 %
Hamburg	3,1 %	5,5 %
Hessen	3,5 %	6,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	3,4 %	5,4 %
Niedersachsen	3,5 %	4,9 %
Nordrhein-Westfalen	4,1 %	5,9 %
Rheinland-Pfalz	3,3 %	4,9 %
Saarland	3,1 %	6,2 %
Sachsen	2,9 %	4,8 %
Sachsen-Anhalt	2,8 %	4,8 %
Schleswig-Holstein	3,3 %	5,3 %
Thüringen	3,2 %	5,1 %
Bundesgebiet insgesamt	3,6 %	5,4 %
davon:		
Bundesgebiet West	3,6 %	5,5 %
Bundesgebiet Ost	3,3 %	5,3 %

* Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung zusammengefasst

Bei den privaten Arbeitgebern stieg im Jahr 2003 die durchschnittliche Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im gesamten Bundesgebiet – seit 1995 erstmals wieder – auf 3,6 Prozent. In den alten Ländern stieg die Beschäftigungsquote ebenfalls auf 3,6 Prozent. In den neuen Ländern ist gleichermaßen eine Steigerung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen um 0,2 Prozentpunkte zu verzeichnen. Die Quote beträgt nun 3,3 Prozent.

6. Ausgleichsabgabe des Bundes

Der Bund als Arbeitgeber der öffentlichen Hand im Sinne von § 77 Abs. 8 SGB IX hat auch für das Jahr 2004 keine Ausgleichsabgabe zu zahlen, da er insgesamt mit 7,1 Prozent mehr als 6 Prozent schwerbehinderte Menschen beschäftigt (§ 71 Abs. 1 i. V. m. § 77 Abs. 1 und § 159 Abs. 1 SGB IX).

7. Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 2003 bis 31. Oktober 2004

Unter Berücksichtigung der

- Zahl der neu eingestellten schwerbehinderten Menschen,
- Quote der neu eingestellten schwerbehinderten Menschen, bezogen auf die Zahl der Neueinstellungen insgesamt und
- Zahl der ausgeschiedenen schwerbehinderten Menschen einschließlich des Wegfalls der Schwerbehinderung oder der Gleichstellung

stellt sich die Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes (bei den Bundesressorts einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und den sonstigen obersten Bundesbehörden) im Berichtszeitraum wie in der folgenden Tabelle aufgeführt dar:

Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1f beigelegt.

417 Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen einschließlich gleichgestellter behinderter Menschen bedeuten bei insgesamt 11 935 Neueinstellungen einen Anteil von 3,5 Prozent. Die in den letzten Jahren positive Entwicklung bei der Gegenüberstellung von Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen und erstmaligen Anerkennungen behinderter Menschen einerseits und ausgeschiedenen schwerbehinderten Menschen einschließlich des Wegfalls der SB- bzw. GL-Eigenschaft andererseits setzte sich nicht fort. Als Grund dafür ist insbesondere die mit der Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Bundeswehr verbundene Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte anzuführen. Dreiviertel aller Abgänge schwerbehinderter Menschen kommen aus dem Bereich des Zivilpersonals der Bundeswehr.

Die Zahl der erstmaligen Anerkennungen als schwerbehinderter Mensch und der Gleichstellung von behinderten Menschen stieg im Berichtszeitraum um 534. Die Gegenüberstellung der Zu- und Abgänge beschäftigter schwerbehinderter Menschen ergibt somit insgesamt einen negativen Saldo (– 1 778).

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes

	2003			2004		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Neueinstellungen (insgesamt)	9.654	5.543	4.111	11.935	6.589	5.346
darunter schwerbehinderte Menschen	395	220	175	417	236	181
Erstmalige Anerkennung als schwerbehinderter Mensch/ Gleichstellung von behinderten Menschen	1.647	1.099	548	2.181	1.094	1.087
Ausscheiden oder Wegfall der Schwerbehinderteneigenschaft bzw. Gleichstellung	1.814	1.184	630	4.376	2.394	1.982
Saldo	228	135	93	– 1.778	– 1.064	– 714

8. Schwerbehinderte Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes

Die Zahl der schwerbehinderten Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes insgesamt ist im Berichtszeitraum um 283 von 7 400 auf 7 683 und damit um 3,8 Prozent gestiegen. Der schon immer hohe Frauenanteil an den beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den Bundesdienststellen einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche konnte damit nochmals gesteigert werden (35,1 auf 35,3 Prozent).

Einzelheiten sind aus der Anlage 1f ersichtlich.

Die Auswertung nach Positionen zeigt gegenüber dem Vorjahr einen leicht höheren Anteil der Frauen im gehobenen Dienst. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen (nur höherer Dienst) bleibt unter 1 Prozent.

nen (nur höherer Dienst) ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass

- 82,5 Prozent der beschäftigten schwerbehinderten Frauen im einfachen und mittleren Dienst,
- 13,0 Prozent der beschäftigten schwerbehinderten Frauen im gehobenen Dienst,
- 3,5 Prozent der beschäftigten schwerbehinderten Frauen im höheren Dienst

beschäftigt sind. Der Anteil der schwerbehinderten Frauen in Führungspositionen (nur höherer Dienst) bleibt unter 1 Prozent.

Einzelheiten sind aus der Anlage 1g ersichtlich.

Beschäftigung schwerbehinderter Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes 2003 und 2004

		2003	2004
Bundesdienststellen einschließlich nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	21.094 7.400 35,1	21.798 7.683 35,3
Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	20.335 7.182 35,3	20.504 7.149 34,9
Bundesministerien ohne nachgeordneten Geschäftsbereich	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	1.383 512 37,0	1.280 530 41,4
Sonstige Bundesdienststellen	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	759 218 28,7	799 250 31,3
Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	17.672 9.618 54,4	17.767 9.858 55,5
Zahl der Neueinstellungen (Bundesdienststellen einschließlich nachgeordnetem Bereich)	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	9.654 4.111 42,6	11.935 5.346 44,8
darunter schwerbehinderte Menschen	Insgesamt davon Frauen %-Anteil	395 175 44,3	417 181 43,4

9. Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten

Im Jahr 2004 sind von Bundesdienststellen (Bundesministerien und sonstige Bundesdienststellen) Aufträge in einem Gesamtvolumen von 2 228 811 Euro an (anerkannte) Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten vergeben worden.

Das Gesamtvolumen stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent.

Eine Aufstellung über die Verteilung des Gesamtauftragsvolumens auf die einzelnen Bundesressorts und sonstigen Bundesdienststellen, getrennt nach Werkstätten für behin-

derte Menschen und Blindenwerkstätten, ist als Anlage 1h beigefügt.

Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten 2003 und 2004

	2003	2004
Bundesministerien	1.855.103 €	1.895.204 €
Sonstige Bundesdienststellen	319.338 €	333.607 €
Gesamt	2.174.441 €	2.228.811 €

B. Statistische Übersichten

Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze ¹⁾	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
1 1	Bundespräsidialamt	162	10	10	4	6,2
2	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	26	2	1	0	3,8
2 1	Bundeskanzleramt (5%)	413	21	23	6	5,6
2	Bundesnachrichtendienst ¹ (5%)	0	0	0	0	4,5
3 1	Auswärtiges Amt² (5%)	2.821	141	122	51	4,3
4	Bundesministerium des Innern (5%)					
1.1	Ministerium	1.567	78	88	35	5,6
1.2	Statistisches Bundesamt	2.681	134	249	117	9,3
1.3	Bundesverwaltungsamt	1.899	95	164	78	8,6
1.4	BBK	278	14	14	4	5,0
1.5	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	310	16	15	1	4,8
1.6	Bundeszentrale für politische Bildung	180	9	12	8	6,7

¹ Die ermittelten Zahlen können wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststelle nicht veröffentlicht werden.

² Das Auswärtige Amt teilt dazu mit, dass es zur Erfüllung seiner Aufgaben bis auf wenige Ausnahmen von allen Bediensteten die gesundheitliche Eignung für den regelmäßigen Wechsel zwischen Inlands- und Auslandsdienstposten verlangen muss. Neben körperlichen Mindestvoraussetzungen setzt die Einstellung in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst eine erfolgreiche Platzierung im Auswahlverfahren voraus. Trotz gezielter Werbemaßnahmen fehlt es bisher an geeigneten schwerbehinderten Bewerbern (Bewerberquote unter 1 Prozent).

³⁾ Marginale Abweichungen bei der Addition der einzelnen ausgewiesenen Summen sind rundungsbedingt.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- arbeits- plätze	Besetzte		Spalte 5 in % der Spalte 3
				Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
4						
1.7	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	32	2	2	1	6,3
1.8	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	2.170	109	337	164	15,5
1.9	Bundesamt für Verfassungsschutz					
1.10	Bundeskriminalamt <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	2.673	134	185	71	6,9
	mit Polizeivollzugsbeamten	4.936	247	202	74	4,1
1.11	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	916	46	58	14	6,3
1.12	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	218	11	29	8	13,3
1.13.1	Grenzschutzpräsidium Süd <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	1.371	69	164	56	12,0
	mit Polizeivollzugsbeamten	7.387	369	195	57	2,6
1.13.2	Grenzschutzpräsidium Mitte <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	908	45	105	62	11,6
	mit Polizeivollzugsbeamten	5.345	267	202	66	3,8
1.13.3	Grenzschutzpräsidium West <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	1.610	81	172	85	10,7
	mit Polizeivollzugsbeamten	7.214	361	220	85	3,0
1.13.4	Grenzschutzpräsidium Nord <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	1.474	74	190	56	12,9
	mit Polizeivollzugsbeamten	7.171	359	267	60	3,7
1.13.5	Grenzschutzpräsidium Ost <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	2.112	106	157	85	7,4
	mit Polizeivollzugsbeamten	10.505	525	223	93	2,1
1.13.6	Grenzschutzschule <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	379	19	33	12	8,7
	mit Polizeivollzugsbeamten	605	30	37	12	6,1
1.13.7	Grenzschutzdirektion <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	292	15	26	9	8,9
	mit Polizeivollzugsbeamten	510	26	28	9	5,5
1.14	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	386	19	16	3	4,1
1.15	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	2.266	113	202	122	8,9
1.16	Bundesausgleichsamt	31	2	7	2	22,6

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
4						
1.17	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	29	1	1	0	3,4
1.18	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	161	8	13	1	8,1
	BMI und nachgeordnete Dienststellen¹					
	<i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	23.943	1.197	2.239	994	9,4
	<i>mit Polizeivollzugsbeamten²</i>	56.797	2.840	2.581	1.014	4,5
5	Bundesministerium der Justiz					
1.1	Ministerium	623	37	58	28	9,3
1.2	Bundespatentgericht	263	16	25	15	9,5
1.3.1	Deutsches Patent- und Markenamt	2.188	131	166	82	7,6
1.3.2	Dienststelle Jena	335	20	28	16	8,4
	BMJ und nachgeordnete Dienststellen	3.409	205	277	141	8,1

¹ Ohne lfd. Nr. 1.9

² Das Bundesministerium des Innern teilt dazu mit: Soweit im Bundesgrenzschutz und im Bundeskriminalamt Polizeivollzugsbeamte beschäftigt werden und soweit Voraussetzung für die Beschäftigung Polizeidiensttauglichkeit ist, können auf diesen Stellen Schwerbehinderte grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Die strukturellen Schwierigkeiten in diesen Bereichen werden zum Teil dadurch ausgeglichen, dass in anderen Bereichen teilweise weit über 5 Prozent schwerbehinderte Menschen beschäftigt werden.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
6	Bundesministerium der Finanzen (5%)					
1.1	Ministerium und Bundeshauptkasse	2.146	107	209	64	9,7
1.2	Bundeswertpapierverwaltung	419	21	44	25	10,5
1.3	Bundesmonopolverwaltung	336	17	21	12	6,3
1.4	Bundesamt für Finanzen	1.348	67	101	40	7,5
1.5.1	Oberfinanzdirektion Berlin ¹	697	35	71	27	10,2
1.5.2	Hamburg	5.346	267	343	119	6,4
1.5.3	Hannover	4.049	202	236	81	5,8
1.5.4	Karlsruhe	4.870	244	270	93	5,5
1.5.5	Koblenz	5.323	266	371	126	7,0
1.5.6	Köln	5.843	292	430	140	7,4
1.5.7	Zollkriminalamt	3.209	160	143	49	4,5
1.5.8	Nürnberg	5.979	299	381	97	6,4
1.5.9	Chemnitz	2.844	142	137	53	4,8
1.5.10	Cottbus	4.173	209	268	105	6,4
1.5.11	Erfurt	644	32	46	32	7,1
1.5.12	Magdeburg	908	45	74	38	8,1
1.5.13	Rostock	682	34	73	37	10,7
1.5.14	Bundesamt z. Regelung offener Vermögensfragen	741	37	79	53	10,7
1.5.15	Bildungszentrum der Bundesfinanzverwaltung	554	28	38	12	6,9
	BMF und nachgeordnete Dienststellen	50.111	2.506	3.335	1.203	6,7

¹ Auf den unter Nummern 1.5.1 bis 1.5.13 aufgeführten Arbeitsplätzen werden zu einem erheblichen Teil Vollzugsbeamte im Grenzzoll-dienst, Zollfahndungsdienst und Forstbetriebsdienst beschäftigt. Wegen der besonderen Tauglichkeitsanforderungen können schwerbehinderte Menschen in diesem Bereich grundsätzlich nicht verwendet werden.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
6 2	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	15	1	1	0	6,7
3	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	930	56	63	27	6,8
4	DGZ DekaBank Deutsche Kommunalbank (5%)	2.602	130	65	33	2,5
5	Kreditanstalt für Wiederaufbau (5%)	3.143	157	162	77	5,2
6	Versorgungsanstalt deutscher Bezirksschornsteinfegermeister (5%)	16	1	1	1	6,3
7	Bundessteuerberaterkammer (5%)	33	2	0	0	0,0
8	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	1.529	92	136	57	8,9
9	Museumsstiftung Post u. Telekommunikation (5%)	112	6	6	4	5,4
10	Unfallkasse Post und Telekom (5%)	223	11	10	5	4,5
11	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (5%)	1.339	67	65	21	4,9
7	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit					
1.1	Ministerium	1.848	111	162	55	8,8
1.2.1	Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig	1.287	77	74	15	5,7
1.2.2	Physikalisch-Technische Bundesanstalt Berlin	361	22	30	6	8,3
1.3	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	585	35	65	33	11,1
1.4	Bundesagentur für Außenwirtschaft	158	9	9	4	5,7
1.5	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	1.424	85	88	34	6,2
1.6	Bundeskartellamt	265	16	20	9	7,5
1.7	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	670	40	36	10	5,4
1.8	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	2.427	146	191	73	7,9
1.9	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	575	35	68	30	11,8
	BMWA und nachgeordnete Dienststellen	9.600	576	743	269	7,7
2	Bundesagentur für Arbeit *)	87.717	5.263	7.843	4.433	8,9

*) Einschließlich Fachhochschule Mannheim.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
8	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft					
1.1	Ministerium	966	58	82	25	8,5
1.2	Bundessortenamt	415	25	21	11	5,1
1.3	Forschungsanstalt für Landwirtschaft	806	48	42	15	5,2
1.4	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	591	35	45	19	7,6
1.5	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	190	11	15	8	7,9
1.6	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	192	12	19	6	9,9
1.7	Friedrich-Löffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	506	30	39	15	7,7
1.8	Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel	700	42	49	26	7,0
1.9	Zentralstelle für Agrardokumentation und -information	69	4	1	0	1,4
1.10	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen	387	23	22	11	5,7
1.11	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	314	19	17	10	5,4
	BMVEL und nachgeordnete Dienststellen	5.136	308	352	146	6,9
2	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1.208	72	101	42	8,4
3	Bundesinstitut für Risikobewertung (5%)	573	29	40	18	7,0

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
9	Bundesministerium der Verteidigung					
1.1	Ministerium	2.155	129	118	38	5,5
1.2	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	10.951	657	853	125	7,8
1.3	Bundesamt für Wehrverwaltung	2.082	125	74	35	3,6
1.4	Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	166	10	3	1	1,8
1.5	Katholisches Militärbischofsamt	113	7	2	1	1,8
1.6.1	Wehrbereichsverwaltung Nord	33.152	1.989	2.907	910	8,8
1.6.2	Wehrbereichsverwaltung West	28.633	1.718	2.506	823	8,8
1.6.3	Wehrbereichsverwaltung Süd	24.982	1.499	2.254	778	9,0
1.6.4	Wehrbereichsverwaltung Ost	12.047	723	788	392	6,5
1.7	Bundessprachenamt	1.049	63	73	42	7,0
1.8.1	Universität der Bundeswehr Hamburg	645	39	32	13	5,0
1.8.2	Universität der Bundeswehr München	974	58	53	25	5,4
1.9	Bundesamt für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr	1.466	88	103	28	7,0
	BMVg und nachgeordnete Dienststellen	118.415	7.105	9.766	3.211	8,2
10	Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend					
1.1	Ministerium	525	32	50	28	9,5
1.2	Bundesamt für Zivildienst	975	59	100	43	10,3
1.3	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	12	1	0	0	0
	BMFSFJ und nachgeordnete Dienststellen	1.512	91	150	71	9,9
11	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung					
1.1	Ministerium	1.156	69	105	44	9,1
1.2	Robert Koch-Institut	722	43	54	28	7,5
1.3	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	1.055	63	65	41	6,2
1.4	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	141	8	8	5	5,7
1.5	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information	123	7	7	2	5,7

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- arbeits- plätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
11 1.6	Paul-Ehrlich-Institut	607	30	71	43	11,7
1.7	Bundesversicherungsamt	449	27	48	21	10,7
	BMGS und nachgeordnete Dienststellen	4.253	255	358	184	8,4
2	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (5%)	29.643	1.482	2.013	1.365	6,8
3	Gesamtverb.landwirtschaftlichen Alterskassen (5%)	33	2	2	1	6,1
4	Landwirtschaftliche Alterskassen (5%/6%)	134	7	8	4	6,0
5	Gewerbliche Berufsgenossenschaften (5%/6%)	21.207	1.143	1.412	765	6,7
6	Landwirtsch. Berufsgenossenschaften (5%/6%)	1.038	51	71	29	6,8
7	Bundesknappschaft (5%)	14.046	702	1026	593	7,3
8	Eisenbahn-Unfallkasse (5%)	169	8	6	0	3,6
9	Unfallkasse des Bundes	450	27	46	17	10,2
10	Bahnversicherungsanstalt (5%)	1.178	59	98	51	8,3
11	Bundesverband der Ortskrankenkassen (5%)	387	19	21	14	5,4
12	Bundesverband der Betriebskrankenkassen einschl. BBK Akademie	427	26	24	13	5,6
13	Bundesverband der Innungskrankenkassen (5%)	256	13	14	4	5,5
14	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (5%)	81	4	1	1	1,2
15	Kassenärztliche Bundesvereinigung (5%)	181	9	3	1	1,7
16	Innungskrankenkassen (5%)	1.441	72	42	31	2,9
17	Betriebskrankenkassen, die nach § 147 Abs. 2 SGB V die Personalkosten übernommen haben (5%)	16.077	804	588	343	3,7
18	Angestellten-Ersatzkassen (5%)	43.129	2156	2.689	1.390	6,2
19	Arbeiter-Ersatzkassen (5%)	1.908	95	70	30	3,7
20	Bundesverb. der landwirtsch. Krankenkassen (5%)	80	4	1	0	1,3
21	Landwirtschaftliche Krankenkassen	242	15	16	4	6,6

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen					
1.1	Ministerium	1.606	96	125	37	7,8
1.2	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten	9	1	4	2	44,4
1.3	Deutscher Wetterdienst - Zentralamt -	2.762	166	147	55	5,3
1.4	Kraftfahrt-Bundesamt	973	58	128	66	13,2
1.5	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	870	52	69	21	7,9
1.6	Luftfahrt-Bundesamt	416	25	20	8	4,8
1.6.1	Luftfahrt-Bundesamt - Verwaltungsstelle Flugsicherung	33	2	2	1	6,1
1.7	Bundesanstalt für Straßenwesen	414	25	21	7	5,1
1.8	Bundesanstalt für Gewässerkunde	328	20	36	14	11,0
1.9	Bundesanstalt für Wasserbau	452	27	27	9	6,0
1.10	Wasser- und Schifffahrt direktionen:					
1.10.1	Nord	2.658	159	181	32	6,8
1.10.2	Nordwest	1.350	81	109	17	8,1
1.10.3	Mitte	1.588	95	106	19	6,7
1.10.4	West	1.734	104	167	33	9,6
1.10.5	Südwest	2.365	142	174	42	7,4
1.10.6	Süd	1.591	95	118	23	7,4
1.10.7	Ost	2.871	172	198	65	6,9
1.11	Bundesamt für Güterverkehr	1.605	96	88	33	5,5
1.12	Eisenbahn-Bundesamt	1.301	78	49	15	3,8
1.13	Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	33	2	2	0	6,1
1.14	Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung	12	1	0	0	0,0
1.15	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	1.141	68	74	32	6,5
	BMVBW und nachgeordnete Dienststellen	26.112	1.567	1.845	531	7,1
2	Bundeseisenbahnvermögen (BEV) (5%)	5.173	259	413	66	8,0

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
13	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit					
1.1	Ministerium	871	52	72	31	8,3
1.2	Umweltbundesamt	1.085	65	117	54	10,8
1.3	Bundesamt für Naturschutz	309	19	22	13	7,1
1.4	Bundesamt für Strahlenschutz	683	41	52	30	7,6
	BMU und nachgeordnete Dienststellen	2.948	177	263	128	8,9
14	Bundesministerium für Bildung und Forschung	1.008	60	79	34	7,8
	Bundesinstitut für Berufsbildung (5%)	434	22	22	11	5,1
15	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	615	37	38	17	6,2
16	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	549	33	46	29	8,4
17	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien					
1.1	Ministerium	178	11	11	4	6,2
1.2	Bundesarchiv	790	47	72	31	9,1
1.3	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte	9	1	0	0	0,0
	BKM und nachgeordnete Dienststellen	977	59	83	35	8,5
2	Deutsche Bibliothek	708	42	53	36	7,5
3	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2.008	120	136	83	6,8
4	Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (5%)	152	8	4	3	2,6
5	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas	11	1	0	0	0,0

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtarbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1	2	3	4	5	5a	6
18	Präsident des Bundesrechnungshofes (5%)					
1.1	Bundesrechnungshof	647	32	37	18	5,7
1.2	Prüfungsämter des Bundes	631	32	43	8	6,8
		1.278	64	80	26	6,3
19	Deutscher Bundestag	2.403	144	143	80	6,0
20	Bundesrat (5%)	211	11	13	6	6,2
21	Bundesverfassungsgericht (5%)	168	8	10	4	6,0
22	Bundesgerichtshof und Generalbundesanwalt (5%)					
1.1	Bundesgerichtshof	217	13	20	8	9,2
1.2.1	Generalbundesanwalt (o. Bundeszentralregister)	189	9	21	13	11,1
1.2.2	Bundeszentralregister	327	16	33	17	10,1
		733	37	74	38	10,1
23	Bundesverwaltungsgericht	145	9	15	7	10,3
24	Bundesarbeitsgericht	110	7	9	4	8,2
25	Bundessozialgericht	148	9	24	9	16,2
26	Bundesfinanzhof	118	7	17	10	14,4
27	Deutsche Bundesbank	13.502	810	908	351	6,7

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
(Bundesministerien einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche und sonstige
Bundesdienststellen - § 71 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX)**

(§ 71 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX)

Stichmonat: Oktober 2004

Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31. 10. 2004	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz + / - in Prozentpunkten
BPrA	162	10	6,2	5,6	0,6
Bund-Länder-Kommission	26	1	3,8	7,7	-3,9
BK *)	413	23	5,6	4,8	0,8
Auswärtiges Amt	2.821	122	4,3	4,2	0,1
BMI ohne Polizeivollzugsbeamte (PVB)	23.943	2.239	9,4	9,3	0,1
BMI mit PVB	56.797	2.581	4,5	4,4	0,1
BMJ	3.409	277	8,1	8,3	-0,2
BMF	50.111	3.335	6,7	6,2	0,5
BMWA	9.600	743	7,7	7,3	0,4
BMVEL	5.136	352	6,9	6,8	0,1
BMVg	118.415	9.766	8,2	8,6	-0,4
BMFSFJ	1.512	150	9,9	9,1	0,8
BMGS	4.253	358	8,4	8,1	0,3
BMVBW	26.112	1.845	7,1	6,6	0,5
BMU	2.948	263	8,9	8,9	0,0
BMBF	1.008	79	7,8	8,4	-0,6
BMZ	615	38	6,2	6,3	-0,1
BPA	549	46	8,4	9,2	-0,8
BKM	977	83	8,5	8,6	-0,1
BRH	1.278	80	6,3	6,1	0,2
BT	2.403	143	6,0	5,4	0,6
BR	211	13	6,2	4,9	1,3
BVerfG	168	10	6,0	4,9	1,1
BGH / GBA	733	74	10,1	8,6	1,5
BVerwG	145	15	10,3	9,9	0,4
BAG	110	9	8,2	7,6	0,6
BSG	148	24	16,2	16,4	-0,2
BFH	118	17	14,4	13,5	0,9
BEV	5.173	413	8,0	7,4	0,6
Summe 31. 10. 2004	295.351	20.870	7,1		0,0
Summe Vorjahr	298.115	21.094		7,1	

*) ohne nachgeordneten Bereich

Anlage 1c

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes**(Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich)**

Stichmonat: Oktober 2004

Ressorts einschließlich nachgeordneter Bereiche	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10. 2004	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz + / - in Prozentpunkten
BPrA	162	10	6,2	5,6	0,6
BK *)	413	23	5,6	4,8	0,8
Auswärtiges Amt	2.821	122	4,3	4,2	0,1
BMI ohne Polizeivollzugsbeamte (PVB)	23.943	2.239	9,4	9,3	0,1
BMI mit PVB	56.797	2.581	4,5	4,4	0,1
BMJ	3.409	277	8,1	8,3	-0,2
BMF	50.111	3.335	6,7	6,2	0,5
BMWA	9.600	743	7,7	7,3	0,4
BMVEL	5.136	352	6,9	6,8	0,1
BMVg	118.415	9.766	8,2	8,6	-0,4
BMFSFJ	1.512	150	9,9	9,1	0,8
BMGS	4.253	358	8,4	8,1	0,3
BMVBW	26.112	1.845	7,1	6,6	0,5
BMU	2.948	263	8,9	8,9	0,0
BMBF	1.008	79	7,8	8,4	-0,6
BMZ	615	38	6,2	6,3	-0,1
BPA	549	46	8,4	9,2	-0,8
BKM	977	83	8,5	8,6	-0,1
Insgesamt	284.838	20.071	7,1	7,1	0,0

*) ohne nachgeordneten Bereich

Anlage 1d

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
(Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich)**

Stichmonat: Oktober 2004

Ressorts ohne nachgeordneten Bereich	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31. 10. 2004	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz + / - in Prozentpunkten
BPrA	162	10	6,2	5,6	0,6
BK	413	23	5,6	4,8	0,8
AA	2.821	122	4,3	4,2	0,1
BMI	1.567	88	5,6	6,2	-0,6
BMJ	623	58	9,3	9,1	0,2
BMF	2.146	209	9,7	9,7	0,0
BMWA	1.848	162	8,8	8,1	0,7
BMVEL	966	82	8,5	7,5	1,0
BMVg	2.155	118	5,5	5,7	-0,2
BMFSFJ	525	50	9,5	9,1	0,4
BMGS	1.156	105	9,1	9,3	-0,2
BMVBW	1.606	128	8,0	6,5	1,5
BMU	871	72	8,3	8,7	-0,4
BMBF	1.008	79	7,8	8,4	-0,6
BMZ	615	38	6,2	6,3	-0,1
BPA	549	46	8,4	9,2	-0,8
BKM	178	11	6,2	7,2	-1,0
Insgesamt	19.209	1.401	7,3	7,2	0,1

Anlage 1e

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
(Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht - § 71 Abs. 3 Nr. 4 SGB IX)**
Stichmonat : Oktober 2004

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10.2004	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz +/- in Prozentpunkten
1.	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	15	1	6,7	8,3	-1,6
2.	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	930	63	6,8	6,5	0,3
3.	DGZ DekaBank Deutsche Kommunalbank (5%)	2.602	65	2,5	2,4	0,1
4.	Kreditanstalt für Wiederaufbau (5%)	3.143	162	5,2	5,5	-0,3
5.	Versorgungsanstalt deutscher Bezirksschornsteinfegermeister (5%)	16	1	6,3	6,3	0
6.	Bundessteuerberaterkammer (5%)	33	0	0,0	0,0	0
7.	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	1.529	141	9,2	8,4	0,8
8.	Museumsstiftung Post u. Telekommunikation (5%)	112	6	5,4	6,0	-0,6
9.	Unfallkasse Post und Telekom (5%)	223	10	4,5	4,0	0,5
10.	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	1.339	65	4,9	5,1	-0,2
11.	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1.208	101	8,4	8,1	0,3
12.	Bundesinstitut für Risikobewertung (5%)	573	40	7,0	7,4	-0,4
13.	Bundesagentur für Arbeit	87.717	7.843	8,9	8,6	0,3
14.	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (5%) Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen (5%)	29.643	2.013	6,8	6,1	0,7
15.	Landwirtschaftliche Alterskassen (5%)	33	2	6,1	6,3	-0,2
		139	3	2,2	6,0	-3,8

noch Anlage 1e

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Pflichtarbeitsplätze	Quote in Prozent zum 31.10.2004	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz +/- in Prozentpunkten
16.	Gewerbliche Berufsgenossenschaften (5%/6%)	21.207	1.412	6,7	6,6	0,1
17.	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften (5%/6%)	672	41	6,1	6,1	0
18.	Bundesknappschaft (5%)	14.046	1.026	7,3	6,7	0,6
19.	Eisenbahn - Unfallkasse (5%)	169	6	3,6	3,3	0,3
20.	Bahnversicherungsanstalt (5%)	1.178	98	8,3	6,8	1,5
21.	Bundesverband der Ortskrankenkassen (5%)	387	21	5,4	4,8	0,6
22.	Bundesverband der Betriebskrankenkassen	427	24	5,6	5,7	-0,1
23.	Bundesverband der Innungskrankenkassen (5%)	256	14	5,5	5,6	-0,1
24.	Kassenärztliche Bundesvereinigung	181	3	1,7	3,6	-1,9
25.	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung	81	1	1,2	2,5	-1,3
26.	Innungskrankenkassen (5%)	1.441	42	2,9	2,9	0
27.	Betriebskrankenkassen (5%)					
	gem. § 147 Abs. 2 SGB V	16.077	588	3,7	3,8	-0,1
28.	Angestellten - Ersatzkassen (5%)	43.129	2.689	6,2	6,2	0
29.	Arbeiter - Ersatzkassen (5%)	1.908	70	3,7	3,7	0
30.	Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen (5%)	80	1	1,3	3,3	-2
31.	Landwirtschaftliche Krankenkassen	242	16	6,6	6,6	0
32.	Unfallkasse des Bundes	450	46	10,2	11,0	-0,8
33.	Bundesinstitut für Berufsbildung	434	22	5,1	4,7	0,4
34.	Deutsche Bibliothek	708	53	7,5	6,8	0,7
35.	Stiftung Preussischer Kulturbesitz	2.008	136	6,8	7,2	-0,4
36.	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (5%)	152	4	2,6	3,0	-0,4
37.	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (5%)	11	0	0,0	0,0	0
38.	Deutsche Bundesbank	13.502	908	6,7	6,5	0,2
	2004	248.001	17.737	7,2		
	2003	250.218	17.672		7,1	0,1
	Differenz zum Vorjahr					

Anlage 1f

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes**

1. November 2003 bis 31. Oktober 2004

Dienststellen	Neueinstellungen *)		davon		darunter Neueinstellungen von		Quote der neu eingestellten		Erstmalige Anerkennung als		Ausgeschiedene schwerb. Menschen		Menschen weibl.
	insgesamt	männl.	weibl.	schwerbeh. Menschen / gleichgestellten beh. Menschen		zu allen Neueinstellungen		schwerbehinderter Mensch bzw. Gleichstellung		bzw. Wegfall der Gleichstellung oder GL-Eigenschaft		insgesamt	
				insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	männl.	weibl.		
A. Bundesressorts													
BPrA	11	4	7	0	0	0,0	0	1	0	0	0	0	0
BK	13	5	8	1	0	7,7	0	0	0	0	0	0	0
Ausw. Amt	248	111	137	4	2	1,6	15	10	5	19	13	6	6
BMI	1.956	1.182	774	38	25	1,9	276	189	87	232	141	91	91
BMJ	288	151	137	6	5	2,1	37	23	14	21	10	11	11
BMF	2.615	1.227	1.388	164	74	6,3	336	203	133	366	253	113	113
BMWA	475	275	200	17	11	3,6	54	33	21	45	28	17	17
BMVEL	472	183	289	13	7	2,8	33	20	13	44	27	17	17
BMVg	3.091	1.860	1.231	58	40	1,9	1.073	385	688	3.290	1.687	1.603	1.603
BMFSFJ	37	13	24	0	0	0,0	14	10	4	8	4	4	4
BMGS	367	144	223	20	11	5,4	14	6	8	27	10	17	17
BMVBW	1.500	1.053	447	69	46	4,6	167	117	50	165	116	49	49
BMU	234	109	125	4	1	2,1	15	5	10	15	9	6	6
BMBF	38	13	25	1	0	2,6	5	4	1	1	1	0	0
BMZ	25	9	16	1	0	4,0	2	2	0	3	2	1	1
BPA	29	10	19	0	0	0,0	3	0	3	5	0	5	5
BKIM	172	57	115	8	4	4,7	25	11	14	32	12	20	20
Zwischensumme I	11.571	6.406	5.165	405	230	3,5	175	109	1.051	4.273	2.313	1.960	1.960
B. Sonstige Dienststellen													
BVerfG	7	1	6	0	0	0,0	0	2	1	0	0	0	0
BRH	70	43	27	2	2	2,9	9	4	5	12	10	2	2
BT	200	100	100	7	2	3,5	9	9	7	18	10	8	8
BR	11	2	9	0	0	0,0	0	2	1	0	0	0	0
BGH/GBA	40	26	14	1	1	2,5	12	7	5	4	0	4	4
BVerwG	11	0	11	1	0	9,1	1	0	1	2	1	1	1
BAG	6	2	4	0	0	0,0	1	1	0	0	0	0	0
BSG	13	6	7	1	1	7,7	0	0	0	3	2	1	1
BFH	6	3	3	0	0	0,0	0	3	0	1	1	0	0
BEV	0	0	0	0	0	0,0	0	0	15	63	58	5	5
Zwischensumme II	364	183	181	12	6	3,5	6	75	36	103	81	22	22
Gesamtsumme	11.935	6.589	5.346	417	236	3,5	181	1.094	1.087	4.376	2.394	1.982	1.982

*) Zu den Neueinstellungen zählen auch in nicht unerheblichem Umfang Einstellungen auf Stellen des Vollzugsdienstes im Bereich des BMF und des BMF, auf denen schwerbehinderte Menschen grundsätzlich nicht beschäftigt werden können.

2.598 Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen bzw. erstmaligen Anerkennungen als SB / GL stehen
4.376 ausgeschiedene schwerbeh. Menschen / gleichgestellte behinderte Menschen bzw. Wegfall der Schwerbehinderteneigenschaft / GL - Eigenschaft gegenüber
- 1.778 Saldo

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes**Berufliche Stellung schwerbehinderter Frauen**

1. November 2003 bis 31. Oktober 2004

Dienststellen	Einfacher / Mittlerer Dienst Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst (davon in Führungs- positionen)
BPrA	4	0	0
Bund-Länder-Kommission	0	0	0
ChBK	5	0	1 (0)
AA	76	22	11 (3)
BMI	863	172	23 (7)
BMJ	112	5	10 (3)
BMF	914	270	19 (8)
BMWA	208	39	19 (4)
BMVEL	115	22	16 (0)
BMVg	2.431	135	46 (44) ¹
BMFSFJ	37	26	10 (4)
BMGS	106	28	44 (5)
BMVBW	387	61	17 (2)
BEV	44	9	4 (1)
BMU	86	22	13 (2)
BMBF	26	4	4 (1)
BMZ	12	4	1 (1)
BPA	18	9	1 (0)
BKM	97	44	16 (0)
BRH	18	16	3 (3)
BT	61	13	2 (1)
BR	5	0	1 (0)
BVerfG	1	3	0
BGH/GBA	39	6	2 (0)
BVerwG	6	1	2 (0)
BAG	3	1	0
BSG	8	0	1 (0)
BFH	5	1	0
Deutsche Bundesbank	281	44	4 (0)

¹ Referentinnen/Dezernentinnen, Referats-/Dezernatsleiterinnen,
Dienststellen und stellv. Dienststellenleiterinnen

Anlage 1h

**Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und
Blindenwerkstätten**

Kalenderjahr 2004

Dienststellen	Auftragsvergabe an		Gesamtvolumen anrechenbarer Beträge €
	Werkstätten für behinderte Menschen	Blindenwerkstätten	
<i>A. Bundesressorts</i>			
BPrA	4.534,13	0,00	4.534,13
BK	0,00	796,08	796,08
Ausw. Amt	0,00	7.094,88	7.094,88
BMI	206.328,32	5.285,10	211.613,42
BMJ	48.217,15	4.809,12	53.026,27
BMF	184.726,56	18.395,60	203.122,16
BMWA	458.540,24	5.940,92	464.481,16
BMVEL	8.505,56	7.502,56	16.008,12
BMVg	133.269,00	92.591,00	225.860,00
BMFSFJ	49.600,92	0,00	49.600,92
BMGS	41.052,29	8.301,39	49.353,68
BMVBW	131.253,11	81.595,23	212.848,34
BMU	3.094,06	5.924,72	9.018,78
BMBF	369.982,61	183,74	370.166,35
BMZ	0,00	650,16	650,16
BPA	0,00	15.690,59	15.690,59
BKM	987,08	351,53	1.338,61
Zwischensumme I	1.640.091,03	255.112,62	1.895.203,65
<i>B. Sonstige Bundesdienststellen</i>			
BVerfG	395,90	0,00	395,90
BRH	0,00	232,08	232,08
BT	266.308,12	2.159,18	268.467,30
BR	0,00	2.278,42	2.278,42
BGH/GBA	0,00	663,79	663,79
BVerwG	160,50	0,00	160,50
BAG	52.964,73	1.148,79	54.113,52
BSG	855,00	362,89	1.217,89
BFH	5.849,83	228,03	6.077,86
BEV	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme II	326.534,08	7.073,18	333.607,26
Gesamtsumme	1.966.625,11	262.185,80	2.228.810,91

